



KIERSPE

MÄRKISCHER KREIS

Atomwaffenfreie Zone

**Der RAUK
SPD Kierspe**

Juli 1988

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem SPD-Wahlsieg in Schleswig-Holstein ist deutlich geworden: die SPD hat in ihrem Jubiläumsjahr wieder Tritt gefaßt. Die SPD als linke Volkspartei ist mehrheitsfähig.

Die neue Mehrheit für Bonn ist in der Zukunft nötiger denn je, weil eines immer klarer wird: Die jetzige Bundesregierung weiß für die dringendsten Probleme unseres Landes keine Antwort. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik finden praktisch nicht statt (dafür wird der Wirtschaftsminister nach Brüssel gelobt). Die Katastrophe in Nord- und Ostsee und das Robbensterben zeigen, daß schöne Reden Umweltpolitik nicht ersetzen. Die geplanten Steuererhöhungen beim Heizöl und Benzin machen das Fiasko der Kohl-Stoltenbergschen Steuerreform mehr als deutlich. Statt mehr Steuergerechtigkeit wird knallhart von unten nach oben umverteilt - nach den Spielregeln einer unsozialen Ellbogengesellschaft.

1988 ist für unsere Partei nicht nur ein Jubiläumsjahr zum Feiern - wir arbeiten am neuen SPD-Programm, in dem unsere Lösungskonzepte für die Aufgabenfelder der Politik über das Jahr 2000 hinaus formuliert werden sollen. Grundzüge dieses Programms stellen wir Ihnen in diesem Rauk vor. Die Diskussion in unserer Partei zeigt: Wir sind in der Lage, offen die anstehenden Probleme zu diskutieren. Unser Ziel ist es dabei, zukunftsweisende Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu erarbeiten. Daß wir dabei auch an Tabus rühren müssen, zeigt die Diskussion über Arbeitszeitverkürzungen, die wir in diesem Rauk ebenfalls aufgreifen.

Als Kiersper Rauk liegt uns natürlich auch die Kommunalpolitik am Herzen, für die wir als "Bürgermeisterpartei" mehr Verantwortung tragen als andere. Nach dem Steuerreform-Aderlaß für die Stadtkasse ist Kommunalpolitik nicht gerade leichter geworden. Auch für unsere Stadt gilt es, die Perspektiven für zukünftige Aufgaben zu öffnen und Prioritäten festzulegen. Mit unseren Beiträgen zum Politikfeld "Jugend in der Provinz" und zur Umweltpolitik in Kierspe wollen wir das versuchen....

In der Hoffnung, daß Sie beim Durchblättern des Rauk an den Karikaturen ebenso viel Spaß haben wie wir beim Heraussuchen und natürlich mit den besten Wünschen für einen schönen, sonnigen Sommer

Ihr

Nach Godesberg kommt Bremen

125 Jahre ist die SPD nun alt. Ist sie deshalb weise geworden? Es ist zu bezweifeln, denn sie will sich mal wieder ein Programm geben. "Ein Parteiprogramm? Was soll das denn, Papier ist geduldig und was die dann machen, wenn sie dran sind, das ist ja doch wieder etwas anderes!" So denken sicher viele Bürger. Recht haben sie, wenn sie ein Programm meinen, das den Anspruch erhebt, Punkt für Punkt sofort umgesetzt zu werden. Das wird wohl nicht gelingen, denn erstens kommt es meistens anders und zweitens als man denkt. Trotzdem: Wer sich keine Vorstellung von der Gestaltung der Zukunft macht, wer keine Wege dahin aufzuzeigen versucht, der wird sich in der Hektik des politischen Alltags verlieren und vor lauter Ansprüchen von Interessengruppen nicht mehr wissen, wo's langgehen soll. Ein neues Grundsatzprogramm muß für die SPD dreißig Jahre nach dem "Godesberger Programm" erstellt werden. Recht sparsam war sie in ihrer langen Geschichte mit Grundsatzprogrammen: ganze sechs hat es bisher gegeben.



Die SPD Programmkommission tagt.

Auf allen Ebenen der Partei, in Ortsvereinen, Unterbezirken, Bezirken und schließlich auf einem Bundesparteitag in Bremen wird darüber diskutiert und gestritten. Möglichst viele sollen sich daran beteiligen. Wer weiß, vielleicht ist die Diskussion darüber mindestens so wichtig wie das spätere Programm selbst.

Was ist seit "Godesberg", seit 1959 anders geworden, was muß neu gefaßt werden?

- Die Vorstellung von unbegrenztem Wachstum und von unbegrenztem Wohlstand hat ihr Ende gefunden: soziale, ökonomische und ökologische Grenzen des Wirtschaftswachstums machen sich bemerkbar. Wie können wir Wirtschaft und Politik auch in Zukunft so gestalten, daß unsere Welt bewohnbar für alle Lebewesen bleibt?
- Die Risiken der Atomenergie sind viel, viel größer, als es die meisten von uns vor dreißig Jahren wahrhaben wollten. Der Nutzen ist mehr als fragwürdig. Andere Techniken, wie die Gentechnologie, die Möglichkeit, Lebewesen und deren Erbmasse nahezu beliebig zu manipulieren, sind so gefährlich, daß der Mensch sich selbst Grenzen setzen muß in dem, was für ihn wissenschaftlich und technisch möglich ist. Hier sind Grenzziehungen erforderlich, die gründlich überlegt sein müssen. Die Vorstellung von dem, was wirklich "Fortschritt" ist, muß neu überdacht werden.
- Trotz Festlegung der Gleichberechtigung von Mann und Frau im Grundgesetz, ist diese Gleichberechtigung im gesellschaftlichen, politischen und beruflichen Leben noch lange nicht durchgesetzt.



SPD Vorstand im Jahr 2000

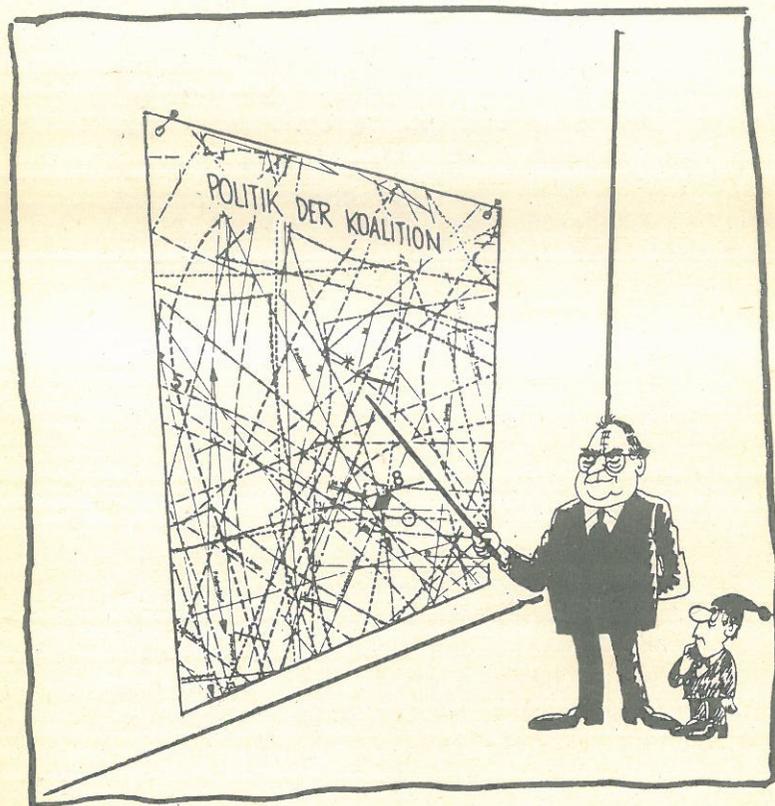
Endlich haben sich die Frauen in der Politik durchgesetzt!

- Frauen, aber nicht nur sie, leisten wichtige gesellschaftliche Arbeit in der Familie, bei der Pflege von Kranken und Alten, bei der Erziehung von Kindern. Trotzdem findet diese Arbeit nur wenig gesellschaftliche, geschweige denn materielle Anerkennung. Nicht einmal einen Rentenanspruch gibt es dafür, daß jemand Kinder großgezogen hat. Diese Art von Arbeit muß der Erwerbsarbeit in Geschäft und Betrieb in der Anerkennung näher kommen.
- Trotz einiger Anstrengungen ist die durch nichts zu rechtfertigende Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung in unserem Land nicht geringer geworden. Das bei 2,5 Millionen Arbeitslosen, die gar kein eigenes Einkommen aus Arbeit mehr haben! Der Gedanke von größerer "Gleichheit" von Lebensbedingungen und Chancen in unserer Gesellschaft, den sich die SPD immer vorgenommen hat, hat nichts an Bedeutung verloren, auch wenn wir heute andere Probleme haben als die Arbeiter im letzten Jahrhundert.

- Größere Gleichheit der Chancen auch für die Menschen, die in den Ländern Asiens, Afrikas und Südamerikas leben, das bleibt neben der Verständigung zwischen Ost und West die große Aufgabe für die Zukunft, der sich ein so hoch entwickeltes Land wie die Bundesrepublik nicht entziehen kann. Hier hat die Sozialistische Internationale und unser letzter Vorsitzender, Willy Brandt, wichtige gedankliche und praktische Vorarbeit geleistet, die in unserem Programm ihren Niederschlag finden müssen.

Das sind nur einige Punkte, die zeigen, daß wir uns über die Zukunft unseres Landes und der Welt neue Gedanken machen müssen, um diese Zukunft bewältigen zu können.

Fritz Schmid



SIHSTE, MICHEL
UNSER KONZEPT
IST VIEL
KLARER
ALS DAS
SPD-
PROGRAMM.

"Unser Dorf soll schöner
und lebendiger werden"

Schule und Jugendzentrum für Rönsahl

Das hatte sich die SPD-Fraktion im Rat nach der Kommunalwahl 1989 vorgenommen, um Rönsahl, wie in diesen Tagen gefordert, nicht nur schöner, sondern auch lebendiger werden zu lassen:

Über viele Jahre bedeutete es für Rönsahler Grundschüler eine üble Tortur, die tägliche Busfahrt in die Pestalozzischule zu unternehmen. Und was ist schon ein Dorf ohne Schule? Nun, es war nicht ganz einfach. Gegen den Widerstand des Schulamts des Kreises haben wir zusammen mit unseren Landtagsabgeordneten Aderhold und Kern, die Behörden dann doch noch davon überzeugen können, daß unsere Initiative eine sinnvolle Sache war! Nun gibt es sie wieder, als Zweigstelle der Pestalozzischule, bald mit allen vier Grundschulklassen, angesiedelt im ehemaligen Freizeitgebäude der alten Schule und in den Anbauten drumherum. Eine gute Lösung!

Die Freizeitsituation der Kinder und Jugendlichen in Rönsahl war schon immer recht schwierig. Viele sind zwar im TSV, beim CVJM und in der Landjugend organisiert, ein Ort, an dem man sich spontan mit Gleichaltrigen treffen und etwas unternehmen kann, fehlte aber, bis sich 1979 ein freier Jugendclub bildete, der dann, unterstützt von Stadt und Kreis, zunächst in der "alten Post" und dann im Jugendzentrum "alte Schule" im Freizeitgebäude der Schule untergebracht war. Ein Problem war immer die Öffnungszeiten und, damit verbunden, das Maß der Betreuung des Jugendzentrums. Zweimal in der Woche hatte das Jugendzentrum - viele sprechen immer noch vom Jugendclub - jeweils von 18 bis 22 Uhr geöffnet. Hinzu kam noch einmal in der Woche für zwei Stunden ein Kindernachmittag. Getragen wurden und werden noch alle Aktivitäten von einem aktiven Mitarbeiterkreis von Jugendlichen und jungen Erwachsenen und von einer Honorarkraft, die vom Kreis bezahlt wird.

Wipperfürth wahrzunehmen. Dazu muß man schon motorisiert sein!

Zu dieser idealen Lösung wird es nun nicht kommen. Der Rat hat davon Abstand genommen, die vom Land genehmigte "kleine offene Tür" einzurichten. Neben der Finanzierung der Schulbauten und der Finanzierung der Turnhallenvergrößerung - auch damit werden alte Wünsche Rönsahler Vereine verwirklicht - waren die Baukosten von über 600.000 DM zu hoch und hätten ein riesiges Loch im Investitionsbudget der Stadt verursacht. Die Finanzsituation auch unserer Gemeinde wurde und wird, vor allem auch wegen der glorreichen Steuerreform von Stoltenberg, immer schwieriger. So gerieten sich Sportler und sich um Jugendarbeit Sorgende fast in die Haare, um genügend Raum, hier für die Turnhallenerweiterung und da für die Jugendarbeit, durchzusetzen. Soll doch Turnhallenerweiterung und Jugendzentrum in einem Baukörper untergebracht werden. Nach einigem Hin und Her einigte man sich auf einen Kompromiß, der noch zeigen muß, wie tragfähig er ist. Übrig bleiben von 280 qm gefordertem Raum für Jugendarbeit ca. 125 qm Vergrößerung, um einen Gymnastikraum und mehr Platz für Feste zu schaffen. Nun kosten Hallenerweiterung und Jugendzentrumsbau zusammen etwa die Summe, die eine "kleine offene Tür" gekostet hätte.

Die Absicht der SPD war es, den Jugendlichen mehr Raum und mehr Betreuung zu gewähren, und so lautete die Forderung nach einer "kleinen offenen Tür" für Rönsahl. Dieser im Landesjugendplan festgelegte Begriff umschreibt ein Jugendzentrum mit mindestens 280 qm Nutzfläche, einen Treffpunkt mit mehreren Gruppenräumen, Werksatt, Fotolabor und anderem und mit Betreuung durch einen hauptamtlichen Mitarbeiter mit einer halben Stelle. Eine ideale Lösung für die Rönsahler Jugend, die es sehr schwer hat, Freizeitangebote in Kierspe oder



Wichtiger Teil des Kompromisses ist aber in erster Linie die Betreuung des künftigen Jugendzentrums durch einen hauptamtlichen Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen mit halber Stelle. Erreicht wird so eine Intensivierung der Jugendarbeit im Grenzdorf, sowie Hilfe und Beratung bei Problemen Jugendlicher, die nur im offenen, ungezwungenen Freizeitbereich bearbeitet werden können.

Obwohl sich die SPD mit dem eingeschränkten Raumangebot nur schwer abfinden kann, denke ich, daß wir für Rönsahl, wenn nicht alles, aber doch viel erreicht, um das Dorf nicht nur schöner, sondern auch lebendiger zu machen.

2,5 Millionen Arbeitslose

- auch die SPD ist gefordert

Oskar Lafontaines Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich für Besserverdienende haben in der SPD, den Gewerkschaften und in Teilen der Öffentlichkeit einigen Wirbel verursacht. Die Gewerkschaften reagierten gereizt. Einige Arbeitgeberfunktionäre signalisierten Zustimmung. Das Für und Wider verlief quer durch alle gesellschaftlichen Lager. Die Fronten erschienen bisweilen verkehrt. Nun hat sich die Aufregung gelegt, der Tarifabschluß für den öffentlichen Dienst ist fast schon vergessen. Das Thema Massenarbeitslosigkeit ist wieder von der politischen Tagesordnung verschwunden. Das darf's doch nicht gewesen sein! Es ist vielmehr nun an der Zeit, die Vorschläge Lafontaines ohne vordergründige Ablenkungsmanöver und ideologische Nebelkerzen nüchtern zu prüfen.

Von den vielen unsachlichen Anwürfen gegen die Forderungen Lafontaines möchte ich hier nur einen aufgreifen, nämlich den, er habe sich in laufende Tarifverhandlungen eingemischt. Dieser Vorwurf ist doppelt absurd. Als Ministerpräsident eines Bundeslandes gehört Lafontaine zu den öffentlichen Arbeitgebern und damit zu den Tarifvertragsparteien. Außerdem verbietet die Tarifautonomie keineswegs eine "Einmischung" in den Verhandlungsprozeß. Sie besagt lediglich, daß die Verbände der Arbeitgeber auf der einen und die Gewerkschaften auf der anderen Seite, die Verträge über Löhne, Gehälter, Arbeitszeiten usw. rechtsverbindlich abschließen, und daß dies nicht von "oben", d.h. vom allgemeinen Gesetzgeber, geregelt wird. Der Versuch, auf Gestaltung der Verträge oder Gesetze Einfluß zu nehmen, gehört zu den demokratischen Grundrechten von Jedermann.

Endlich wissen wir
genau, wer daran schuld ist,
daß es so viele Arbeitslose
gibt wie noch nie!



Der Winter!



Genau! Und endlich tut
die Regierung das einzig
Richtige, um die Arbeits-
losigkeit zu bekämpfen:



Sie wartet auf den
Sommer!



Nun zu den Vorschlägen Lafontaines:

Der Tarifabschluß für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes soll nur für die Beamten bis zur Besoldungsgruppe A8 (Hauptsekretär) übernommen werden soll. Für die Besoldungsgruppen A9 (Inspektor) bis A12 (Oberamtmann) soll neben der Arbeitszeitverkürzung nur die Hälfte der Lohnerhöhung ausgezahlt werden. Für die Besoldungsgruppen ab A13 (Rat) soll nur die kürzere Arbeitszeit übernommen wrden.

Das verdienen Beamte monatlich brutto nach 15 Dienstjahren:

Besoldungsgruppe	ledig	verheiratet 2 Kinder
A9	2.850,-	3.230,-
A12	3.800,-	4.200,-
A13	4.280,-	4.650,-
A16	5.570,-	5.950,-



Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Beamten keine Beiträge für die Renten- und Arbeitslosenversicherung bezahlen. Für die Krankenversicherung zahlen sie in der Regel Beiträge von 150,- bis ca. 350,-.

Nach Berechnungen der saarländischen Staatskanzlei würden durch dieses Modell bundesweit soviel öffentliche Gelder gespart, daß davon mindestens 45.000 neue Stellen geschaffen werden könnten. Wenn die Angestellten und Arbeiter - so es die letzteren mit solchen Einkommen im

Sagenhaft, wie sich die Zeiten ändern!



Bis vor knapp hundert Jahren war es ein Menschheitstraum, zu fliegen.



öffentlichen Dienst überhaupt gibt - mit einem vergleichbaren Nettoverdienst ebenso behandelt worden wären, dann hätte man die Zahl der neuen Stellen nochmals um einige zigtausend erhöhen können, ohne daß die öffentlichen Kassen zusätzlich belastet würden. Im Gegenteil, die neuen Beschäftigten würden ja über Steuern und Sozialbeiträge die öffentlichen Kassen entlasten. Gleichzeitig würden mit solchen gestaffelten Tarifabschlüssen die Einkommensunterschiede nicht immer größer werden. Ich frage mich, ob der Auftrag des Grundgesetzes, die materielle Gleichheit der Lebenschancen zwischen den einzelnen Bundesländern anzugleichen, nicht auch für materielle Gleichheit für die Menschen innerhalb der Bundesländer gefordert werden muß.

Diese große Chance zu einer Kurskorrektur ist nun leider für die nächsten zwei Jahre fast vertan. Jetzt gilt es wenigstens die bescheidenen Möglichkeiten, die die abgeschlossenen Tarifverträge bieten, in neue Arbeitsplätze umzusetzen.

Und heute schon ist es genau umgekehrt.



Da hat fast jeder Angst, daß er selber eines Tages fliegt.



Durch die vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen sind die Einkommenszuwächse geringer ausgefallen, als sie in den öffentlichen Haushalten eingeplant sind und ja auch ausgefallen wären. Daher müssen Sozialdemokraten in allen öffentlichen Körperschaften fordern, daß mit den freiwerdenden Mitteln neue Stellen geschaffen werden. Es war das erklärte Ziel der ÖTV, durch die Arbeitszeitverkürzung neue Stellen zu schaffen. Darum darf m.E. das finanzielle Solidaritätsoffer aller Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes nicht dazu verwandt werden, die Löcher in den öffentlichen Kassen zu stopfen, auch nicht in Kierspe! In dieser Frage steht die sozialdemokratische Glaubwürdigkeit von Anspruch und Handeln auf dem Spiel.

Für die Zukunft müssen Sozialdemokraten eine einheitliche Strategie für Tarifverhandlungen entwickeln, mit dem Ziel, auch mit Hilfe der Tarifpolitik Arbeitsplätze zu schaffen und Einkommensunterschiede abzubauen. Damit kann dann auch die Praxis der Konservativen unterlaufen werden, daß sich Leistung für Spitzenverdiener mehr "lohnt" als für die unteren Lohngruppen. Denn nicht nur Leistung, sondern auch Arbeit muß sich wieder lohnen! Für den öffentlichen Dienst hat Oskar Lafontaine einen Weg gezeigt. Für den Bereich der Privatwirtschaft sind ähnliche Modelle zu finden.

Karl-Heinz Kraus (Landesbeamter NRW, Besoldungsgruppe A12)

Sach ma, wenn se euch Beamte jertz noch de Arbeitszeit verkürzen

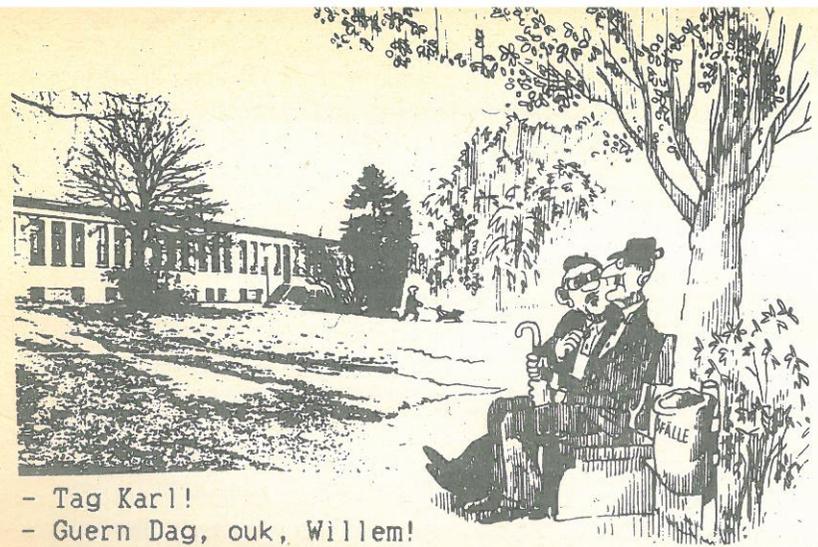


14

Krisse dann in Zukunft noch genug Schlaf?



Ek



- Tag Karl!
- Guern Dag, ouk, Willem!

- Was ist denn los mit Dir? Du siehst ja aus, als wenn es Dir die ganze Petersilie verhängelt hätte!

- Driet wat op de Petersilie! Iek si suer wiägen dian Stüern! Nu hett se alt wier de Grundstüer ändert - ower nit no ungen - näi, luter widder rop! Et es taum hülen! Ower do süht me wier - in Keispe het vie Sozi ase Bürgermester un wat es, - de Stüern got rop!

- Nu mal halblang - ich freue mich auch nicht, wenn ich mehr bezahlen muß - aber überleg doch mal, warum die Stadt Kierspe mehr Geld braucht: die Ausgaben sind ja kaum gestiegen und große Sprünge sind nicht gemacht worden. Nee, die Sache ist doch so, daß vor allem die Einnahmen zurückgegangen sind, die als Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer vom Bund kommen. Die Schlüsselzuweisungen des Landes sind auch niedriger geworden - das liegt aber an dem komplizierten Verrechnungssystem und gilt nur für dieses Jahr - aber das Geld fehlt eben doch in der Kiersper Kasse.

- Wat dian Bund angejht - dei in Bonn hett op jaiden Fall de Stüern senket! Un in twej Johren welt noch ejnmal gründlek raff met dian Stüern - anners ase hie in Keispe!

15



„Versprochen ist versprochen, Ich gebe einen aus!“

- Du büs un bliewest en Döskopp: Was meinst Du denn, womit die Steuersenkungen finanziert werden? Wird vielleicht für Panzer und Flugzeuge weniger ausgegeben? Nee, so geht das nicht - das geht viel einfacher: andere Steuern werden dafür erhöht, die Verbrauchssteuern nämlich. Und dann bezahlen wir alle die Zeche. Alle, die einkaufen gehen oder tanken oder was weiß ich, die müssen alle tiefer in die Tasche greifen und die Steuerreform des Herrn Stoltenberg bezahlen - teilweise sogar im voraus!
- Donnerkiel - es dot wohr?
- Und ob das wahr ist, es geht sogar noch weiter: Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer wie Weihnachtsfreibetrag, Arbeitnehmerfreibetrag usw. werden abgeschafft oder gekürzt. Und laß Dir mal ausrechnen, wem die Steuerreform mehr bringt, Dir oder einem, der zehnmal soviel verdient wie Du. Dann merkst Du, wem der ganze Schwindel zugute kommt! Und warte mal ab, wieviel mehr Dich in Zukunft Dein Ischias kosten wird - warte nur mal die nächste "Reform" ab, nämlich die des Gesundheitswesens. Auch dafür bezahlen wir alle die Zeche!
- Wann dat stemmet, dat wär jo dann sou, ase wann se ejnem de Buxe uttrecket un met diam Stoff dat Hiand länger maket - de Äs es dann köller ase vöörhär - dann es dat jo tatsächlek Schwindel!

- Ist der Groschen gefallen? Etikettenschwindel nennt man das, was da läuft. Eine "Reform", die normalen Bürgern nichts bringt oder sogar unter dem Strich was wegnimmt und die Großverdiener segnet - so sieht das aus. Wie unverschämt man vorgeht, siehst Du zum Beispiel daran, daß das Kabinett vor kurzem beschlossen hat, Flugzeugbenzin von der geplanten Mineralölsteuererhöhung, für die es sicher gute Gründe gibt, auszunehmen.
- Dat hett, wecke siek ase Hobby en Flugzeug koupon kann, dei betahlt keine Stüern füör sienen Sprit?
- Genau - Jeder Bürger bezahlt mehr, ganz gleich ob er ein Moped, ein Auto oder einen Rasenmäher hat - nur wer sich ein Flugzeug leisten kann, muß nicht mehr bezahlen!
- Hö op, dat es jo nit taum uthollen! Dann lot uns blous dofüör sorgen, dat hie bi uns dei Sozis am Ruder bliewet und dat se in Bonn ouk wier drankommet!





Eine lobenswerte Initiative...

Ausgediente Kühlschränke und Gefriertruhen sind gefährlich, denn die darin enthaltenen Kältemittel bestehen aus den Fluor- Chlor-Kohlenwasserstoffen, von denen man heute weiß, daß sie langsam aber sicher die Ozonschicht der Erdatmosphäre zerstören.

Auf Initiative des Umweltschutzbeauftragten der Stadt, Martin Gebhardt, werden ab Juni 1988 ausgediente Kühlschränke und Gefriertruhen bei der wöchentlichen Sperrgutabfuhr so behandelt, daß das Kältemittel umweltgerecht entsorgt wird. Näheres können Sie telefonisch unter der Nummer 661-163 bei der Stadtverwaltung erfahren.

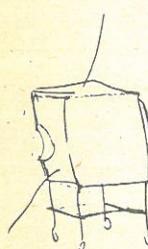
Da im Kiersper Stadtgebiet jährlich ca. 100 Kühlschränke bzw. Gefriertruhen als Sperrmüll anfallen, begrüßen wir diese Initiative außerordentlich!



Jugend in Kierspe

"Jugend in der Provinz", so lautete das Motto der Veranstaltung der JUSO-AG Kierspe/Meinerzhagen am 7. Mai in der Gesamtschule, mit der auf die speziellen Probleme Kiersper Jugendlicher bei der Ausbildungsplatzsuche und der Freizeitgestaltung aufmerksam gemacht werden sollte. Wie schwierig sich gerade die Frage nach den richtigen Freizeitangeboten für Jugendliche gestaltet, zeigte bereits der Verlauf der Veranstaltung recht deutlich. Während der Auftritt des Münsteraner Kabarettisten und die Podiumsdiskussion zum Veranstaltungsmotto durchweg als gelungen bezeichnet werden können, entwickelte sich das anschließende Konzert der Gummersbacher Rockgruppe "Mauerflower" zu einem glatten Reinfluss für die Veranstalter, denn nur wenige Zuschauer nahmen das Angebot zur Live-Musik im PZ wahr.

Zur Podiumsdiskussion hatten die Jungsozialisten als Vertreter des Rates Manfred Ladwig (CDU) und Michael Brück (SPD) eingeladen, als Vertreter des Jugendzentrums standen Sven Havighorst und für das Arbeitsamt Dieter Hoppe als Diskussionspartner zur Verfügung. Als Problem auf dem heimischen Ausbildungsmarkt wurde in der Diskussion vor allem die mangelnde Auswahl an Ausbildungsberufen aufgeführt. Viele Berufe werden in unserer Region gar nicht angeboten, so daß die interessierten Berufsanfänger weite Wege in Kauf nehmen müssen oder zum Wechsel des Wohnortes gezwungen werden.



"WAS BRAUCHEN WIR
IN KIERSPE 'NE DISCO,
ISS DOCH DISKO
IM FERNSEHEN
GENUG!"

Bei der Frage nach den Freizeitmöglichkeiten schieden sich die Geister der Diskusstellnehmer erheblich. Manfred Ladwig befand, alles wäre in bester Ordnung, die Jugendlichen könnten sich vor allem in den Vereinen ausreichend betätigen. Michael Brück hielt dagegen, daß an weitreichenden Feizeitmöglichkeiten ein erheblicher Mangel bestände und der unterentwickelte öffentliche Nahverkehr die Möglichkeiten nicht motorisierter Jugendlicher abends und an den Wochenenden zusätzlich einschränke. In der teilweise erhitzt geführten Diskussion machten die anwesenden Jugendlichen ihrem Ärger über die katastrophale Situation in Kierspe Luft. Kein Kino, keine Diskothek, kein Jugendtreff und unzureichende Busverbindungen waren die am meisten genannten Mängel. Daß auch die Stadt den Interessen der Jugendlichen nicht gerade aufgeschlossen gegenübersteht, wurde deutlich, als Vertreter der Veranstalter der regelmäßigen Disco-Abende in der Gesamtschule Beispiele für mangelnde Zusammenarbeit seitens der Stadtverwaltung beklagten.

Ein Patentrezept zur Verbesserung der Situation wurde an dem Abend natürlich nicht gefunden. Am Ende stand jedoch die Erkenntnis, daß nur ein verstärktes Engagement Jugendlicher - auch im politischen Bereich - verhindern kann, daß die Interessen der Jugendlichen weiterhin vernachlässigt werden. Merke: "Es tut sich nichts, es sei denn, man macht es selbst!"

Thomas Fuchs



KIERSPER STADTRAUK
IM JAHR 2000:
TROTZ NEUER GENE
DIE ALTEN PROBLEME
...

.... Und noch ein Lob

Der Rauk ärgert sich oft mit vielen anderen Bürgern über die unansehlichen Grünanlagen. So muß es auch den Schülern, Eltern und Lehrern der Gesamtschule gegangen sein, die am 11. Mai 1988 in gemeinsamer Aktion "Jäten, Hacken, Mulchen" einen großen Teil der Beete rund um die Gesamtschule in Ordnung gebracht haben. Rund 70 freiwillige Helfer zupften in einigen freiwilligen Arbeitsstunden Unkraut, lockerten die Erde um Sträucher und Bäume und verteilten rund 10 Kubikmeter Rindenmulch zur Abdeckung auf die Beete. Die SPD Kierspe stiftete als Anerkennung für so viel Bürgersinn 150 Grillwürstchen für den anschließenden Grillabend im Schulgarten.

- die SPD übernimmt die Initiative -

Umweltbericht für Kierspe als Voraussetzung für eine zukunftsorientierte Umweltpolitik in unserer Stadt - die SPD Kierspe hat im Rat einen entsprechenden Antrag eingebracht. Er soll darstellen: Wo besteht umweltpolitischer Handlungsbedarf im Bereich der Stadt? Es ist klar, daß der Umweltbericht nicht die bislang erfolgten Maßnahmen der Stadtverwaltung bejubeln soll, im Gegenteil: wir von der SPD in Kierspe erwarten eine genaue Auflistung der Problem-bereiche und Vorschläge der Verwaltung, wie die erkannten Schwachstellen durch konkrete Maßnahmen kurz- und mittelfristig beseitigt werden können.

Daß ein solcher Bericht nötig ist, zeigen unsere drei Beispiele für typische Problemfelder in den Infokästen.



**DIESE LÖSUNG BIETET NICHT
NUR NEUE MÖGLICHKEITEN
FÜR DEN BREITENSORT!**

Problembereich Abfallwirtschaft

Es ist zu erwarten, daß der Märkische Kreis demnächst der Stadt Kierspe die Abfallbeseitigung anders in Rechnung stellt als bisher. Statt Abrechnung nach Einwohnern wird zumindest teilweise, wenn nicht ganz, der Abrechnungsmaßstab nach der im gesamten Stadtgebiet entstandenen Abfallmenge herangezogen werden. Das bedeutet, je weniger Abfälle in Kierspe anfallen, desto geringer wird die Müllrechnung für die Stadt Kierspe und damit auch für die Kiersper Bürger sein.

Daraus ergibt sich: Alle Möglichkeiten, die Kiersper Abfallmenge zu verringern, müssen ausgeschöpft werden.

Das ist tatsächlich möglich, denn in Neuenrade und in Herscheid wirft jeder Einwohner im statistischen Durchschnitt nur 431 kg bzw. 454 kg Abfall pro Jahr in die Mülltonne, in Kierspe aber 554 kg. Die Neuenrader und die Herscheider werden mit Recht von der neuen Abrechnungsform profitieren.

Wir von der SPD in Kierspe finden: Das ist Grund genug, auch in Kierspe über Möglichkeiten zur Verkleinerung des Müllbergs nachzudenken. Wie kann z.B. die Stadt ihren Bürgern bei der Beseitigung von Grünabfällen helfen? Diese müssen ja nun wirklich nicht für teures Geld in der Müllverbrennungsanlage Iserlohn verbrannt werden, wenn es Möglichkeiten gäbe, den Grünabfall in Kierspe zu lassen. Oder: wie kann die Bereitschaft der Kiersper Bürger, noch mehr Papier, Metall und Glas über Depot- Container den Recycling- Verfahren zuzuführen, gesteigert werden? Der Umweltbericht sollte hierauf Antworten finden

Problembereich Abwasser

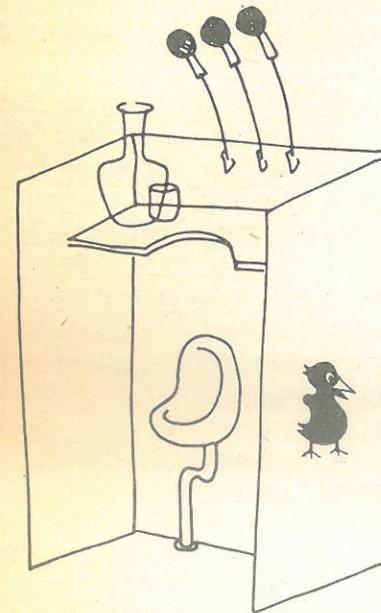
Mittwoch, 25. Mai 1988 - Der Umweltausschuß des Märkischen Kreises stellt fest: Die Abwasserbeseitigung in Kierspe liegt im Argen! Es sei untragbar, daß das Abwasser aus Kierspe Bahnhof nicht ordnungsgemäß beseitigt würde.

Die Kreisverwaltung trägt massiv ihre Beschwerden darüber vor, daß viel zu viele Haushalte dieses Bereichs nicht an das Kanalnetz angeschlossen sind und, daß bestehende Kanäle hoffnungslos veraltet sind. Weiterhin sei eine weitere Volme- Kläranlage in Richtung Brügge/Schalksmühle eine der dringendsten Anlagen im Kreis überhaupt. Diese Anlage sollte dann auch die Abwässer des Kiersper Volmetals ab Grünenbaum, insbesondere aus Bollwerk erfassen.

Die Kritik des Kreises geht vor allem in die Richtung, daß das Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt und auch des Ruhrverbandes viel zu langfristig angelegt sei. Uns in der SPD ist das nicht neu: die Abwassersituation im Außenbereich haben wir im letzten Rauk ("Rund um die Sickergrube") ausführlich dargestellt!

Was nötig ist: ein eindeutiges Konzept, wie durch koordiniertes Handeln durch die Stadt Kierspe, durch die Kreis-Wasserbehörde, durch den Regierungspräsidenten und durch den Ruhrverband hier Abhilfe geschaffen werden kann. Dabei ist eines klar: Die Forderung der Kreisverwaltung, die nötigen Investitionen allein durch gewaltige Gebührenerhöhungen für die Bürger zu finanzieren, kann so nicht akzeptiert werden.

Wir wissen zwar: Umweltschutz kostet Geld; aber besondere Probleme brauchen besondere Lösungen. Der Umweltbericht kann auch hier Perspektiven aufzeigen.



KIERSPER MODELL: ZUKUNFTSORIENTIERTE ABWASSERENTSORGUNG IM RATHAUS

Und zum Schluß:

1. Die SPD wird die Stadtverwaltung veranlassen, nach der Sommerpause im Rat das überarbeitete Abwasserbeseitigungskonzept vorzustellen. Dazu sind die zuständigen Vertreter der Kreisbehörden als Sachverständige zu laden. Ziel muß sein: Koordiniertes Handeln aller zuständigen Stellen!
2. Die SPD wird mit einer weiteren Veranstaltung "Rund um die Sickergrube" als Gesprächspartner für die Bürger zur Verfügung stehen. Die erste Veranstaltung des SPD-Ortsvereins Bollwerk/Vollme hat gezeigt, wie das Problem "Abwasser" auch den Bürgern der Stadt unter den Nägeln brennt.

Problembereich Landschaft

Die Diskussion um die Golfplatz-Erweiterung Varmert zeigt, wie wichtig Maßnahmen des Landschafts- und Naturschutzes sind. Letzter Sachstand: Der Landschaftsbeirat beim Märkischen Kreis hat die Golfplatz-Erweiterung rundweg abgelehnt. Einer der Gründe: Einige Spielbahnen sind von den Planern des Golfclubs in unmittelbarer Nähe eines Hangmoors geplant worden, das nach Ansicht, nicht nur von Experten, als wertvolles Naturschutzgebiet ausgewiesen werden sollte, weil viele Pflanzen aus der "Roten Liste" für vom Aussterben bedrohte Arten hier zu finden sind.

Leider läßt der vom Rat der Stadt Kierspe geforderte Landschaftsplan noch immer auf sich warten.

Deshalb muß in Kierspe die bereits begonnene Kartierung von naturnahen und ökologisch wichtigen Biotopen unbedingt fortgesetzt werden, damit Verwaltung und Bürger bei der Planung eine gesicherte Planungsgrundlage vorfinden.

Fazit: Auch im Bereich Landschaftspflege und Naturschutz muß der Umweltbericht Lösungsvorschläge aufzeigen!



**HOFFENTLICH HAUT DER
"DUSSEL DEN BALL
NICHT SCHON WIEDER
INS HANGMOOR!"**

Was wir wollen: Der Umweltbericht soll sich in seiner Gliederung sowohl an den Empfehlungen des Umweltbundesamtes als auch an den Vorgaben des Umweltberichts für den Märkischen Kreis orientieren. Und: die Umweltpolitik der Stadt Kierspe und des Märkischen Kreises sollen stärker als bisher miteinander verzahnt werden.

Gute Voraussetzungen für die Arbeit am Umweltbericht sind vorhanden. Schließlich hat der Stadtdirektor durch seine Neuorganisation der Verwaltung dazu beigetragen, den Umweltschutzbeauftragten Martin Gebhardt stärker für Umweltaufgaben freizustellen. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit mit ihm im Umweltausschuß der Stadt Kierspe.

Ulli Duffe

Übrigens: anders als beim Umweltschutz ist Kierspe im Sport schon Spitze. Stellvertretend für viele weitere Erfolge sind hier nur vier herausragende Leistungen der abgelaufenen Saison genannt:

- Die Handballerinnen des TVK, die "Flotten Motten", schafften den Aufstieg in die Verbandsliga.
- Prellballer des TSV Berkenbaum wurden Deutscher Meister.
- Die 1. Fußballmannschaft des KSC wurde Vizemeister in der Landesliga.
- Die GSKI war die erfolgreichste Schule bei den Leichtathletikmeisterschaften in Lüdenscheid.

Der Rauk gratuliert an dieser Stelle allen erfolgreichen Sportlerinnen und Sportlern und wünscht ihnen für die nächste Saison weiterhin viel Erfolg und Spaß.

NICHT GLEICH WEGWERFEN,
DER NÄCHSTE WINTER
KOMMT BESTIMMT!



Der RAUK, herausgegeben von der SPD Kierspe
Verantwortlich: Ulli Duffe, Schmiedestraße 19,
5883 Kierspe